

Bildungswelten

Wohin der Akademisierungswahn langfristig führt

Länder mit einer hohen Abiturientenquote sind nicht unbedingt reicher als Staaten mit einer relativ niedrigen Quote – wie etwa Österreich und die Schweiz.

Von

Rainer Bölling

Wenn die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) alljährlich ihr Zahlenwerk „Bildung auf einen Blick“ vorstellt, so ist eines schon vorab klar: Deutschland wird wegen zu niedriger Abiturienten- und Hochschulabsolventenquoten kritisiert. Obwohl in der Bundesrepublik mittlerweile jeder Zweite eines Altersjahrgangs die allgemeine oder Fachhochschulreife erwirbt, sieht die OECD einen drohenden Mangel an Hochqualifizierten, der unseren Wohlstand gefährdet. Die dortigen Statistiker glauben zu wissen, dass in den OECD-Ländern „Jugendliche, die ohne einen Abschluss des Sekundarbereichs II abgehen, in der Regel auf große Schwierigkeiten bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt“ treffen. Ein frühes Verlassen der Schule sei sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft problematisch.

Dahinter steht die in den sechziger Jahren entwickelte Humankapitaltheorie, der zufolge ein kausaler Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Lebens- und Volkseinkommen besteht. So konstatierte Friedrich Edding, der Pionier der Bildungsökonomie in Deutschland, eine positive Korrelation zwischen dem Bruttosozialprodukt je Kopf und dem relativen Besuch von Schulen des Sekundar- und Tertiärbereichs. Daher plädierte er für eine massive Erhöhung der Abiturientenquote nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten, wo 1950 schon zwei Drittelpersonen das High-School-Abschluss mit dem deutschen Abitur kaum vergleichbar ist, spielte dabei keine Rolle. Politische Breitenwirkung erreichte diese Botschaft 1964, als Georg Picht sie in seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrope“ in geradezu „apokalyptischer Sprache“ (Hellmut Becker) vortrug und damit eine bis heute anhaltende Expansion der höheren Bildung einludete.

Edding hatte bei allem Fortschritts-optimismus noch zu bedenken gegeben, dass es einen Punkt geben könne, „wo sich die Kurve des relativen Hochschulbesuches abflachen sollte, da sonst umgeeignete Begehrungen das Gesamt niveau drücken und die Ausgaben unwirtschaftlich machen würden“. Solche Überlegungen sind der OECD hingegen fremd. Sie ist auch nach einem halben Jahrhundert bei spieler Bildungsexpansion der Ansicht, dass der Wohlstand der Industriestaaten von einer ständigen Erhöhung der Abiturienten- und Hochschulabsolventenquote abhänge, und diese Sicht haben viele Politiker auch in Deutschland unbesehen zur Grundlage bildungspolitischen Handelns erhoben.

Zu den Ländern mit einer deutlich höheren Abiturientenquote als Deutschland gehört Frankreich. Dort wurde 1985 von der damaligen sozialistischen Regierung das Ziel proklamiert, bis zum Jahrtausendende 80 Prozent eines Jahrgangs zum Bacalaureat, dem französischen Abitur, zu führen. Diese Zielpunkte stellt mittlerweile einen die Lager übergreifenden politischen Konsens dar, der unter dem Schlagwort „Demokratisierung der Bildungschancen“ firmiert. Allerdings lag die Quote der in der Prüfung Erfolgreichen 2010 erst bei zwei Dritteln des betreffenden Altersjahrgangs, obwohl das Bac in verschiedenen Zweigen mit unterschiedlichem Anforderungsniveau aufgeteilt wurde. Der ökonomische Effekt dieser „Demokratisierung“ ist äußerst fraglich. 2006 publizierte die renommierte Bildungssoziologin Marie Duru-Bellat ein Buch mit dem Titel „Inflation scolaire“, in dem sie das Dogma einer ständigen Ausweitung des Schulbesuchs einer kritischen Revision unterzog, was von manchen als Tabubruch empfunden wurde. Ihre international vergleichende Analyse der relevanten Daten brachte nämlich keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Ausdehnung des Schulbesuchs in den entwickelten Ländern zum wirtschaftlichen Wachstum oder zur Senkung von Jugend-

arbeitslosigkeit beiträgt. In historischer Perspektive zeigte sich vielmehr, dass die Verlängerung der Ausbildung in Frankreich seit den siebziger Jahren mit steigender Jugendarbeitslosigkeit einherging. Dieser Befund wird durch neuere Zahlen gestützt. 2011 lag die Erwerbslosigkeit aus dem Jahre 2011 nehmend nur noch zweit Dritt der Berechtigten ein Studium auf, 17 Prozent von diesen brechen es bereits nach einem Jahr formell ab, und weitere 13 Prozent erscheinen nicht mehr zu den Kursen. Doch der Arbeitsmarkt bietet italienischen Abiturienten auch wenig überzeugende Alternativen. Das ist allerdings angesehnts entgegenstehender Strukturen und Mentalitäten nicht so einfach, worauf Duru-Bellat mit Blick auf Frankreich schon vor Jahren hingewiesen hat. In vielen Ländern wurde die Gesellschaft allzu lange auf den Heilsweg des Abiturs mit anschließender Hochschulausbildung eingeschworen, was nun ein Umsteuern erschwert.

Das Beispiel der südeuropäischen Länder zeigt, welche persönlichen Entitäten

dem Deutschland – und das bei Abiturientenquoten von 40 Prozent in Österreich und 33 Prozent in der Schweiz, allgemeine und Berufsmatura jeweils zusammengekommen. Die Quote der erwerbstlosen Jugendlichen lag in unseren südlichen Nachbarländern 2011 knapp unter dem deutschen Wert.

Da die Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt in diesen drei Ländern besser gelingt als im übrigen Europa, liegt offensichtlich an dem dort verbreiteten Berufsausbildungssystem. Es kann daher nicht überraschen, dass in der gegenwärtigen Krise Länder wie Italien und Spanien, aber auch Schweden und Großbritannien versuchen, das deutliche Modell zu übernehmen. Das ist allerdings an der Ausbildung, wenn junge Akademiker arbeitslos sind, sondern an der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies ist nichts anderes als der untaugliche Verlust, davon abzulenken, dass die OECD einen engen Zusammenhang von Bildungsschluss und Beschäftigungssituation behauptet, der in dieser Form offenkundig nicht existiert. Wenn Bildungspolitiker das endlich erkennen würden, wäre einiges gewonnen.

Der Autor lebt als Bildungsforscher in Düsseldorf.